



Kriegsende



Seiten 3-5

Für Bersarin



Seite 6

Bezirksalltag



Seite 8

Bezirksverordnete berichten

Bezirksamt auf der Halfpipe



Eher bedächtig verlief die 14. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung am 2. April. Nur der Einstieg war spektakulär. Kurz vor der Sitzung beschwerten sich 130 Jugendliche von Gangway e.V. telefonisch. Unangekündigt wurde ihre Half-Pipe auf dem Skaterplatz in Buch demontiert. Skaterelemente wurden entfernt und durch alte Teile der ehemaligen Rampe ersetzt. Verantwortlich für diesen unerhörten Vorgang ist das SPD-geführte Umweltamt im Bezirk.

Sofort wurde durch drei Verordnete der PDS eine Große Anfrage in die Tagung eingebracht. Denn auch bei uns herrschte Unverständnis. Der zuständige Bezirksstadtrat Herr Köhne sollte dieses Vorgehen seines Amtes erklären. Die Fragen, warum weder die Jugendlichen noch die zuständigen Ausschüsse über dieses Vorhaben informiert wurden, blieben unbeantwortet. Herr Köhne schien sich jedoch kei-

ner Schuld bewusst und die große Mehrheit der BVV blieb unzufrieden. Der Vorfall wird nun durch die zuständigen Fachausschüsse aufgeklärt und es wird schnellstens nach einer adäquaten Lösung für die Jugendlichen gesucht.

Des weiteren befasste sich die BVV mit einer Beschlussempfehlung des Kinder- und Jugendhilfeausschusses. Hierin wurde an das Bezirksamt appelliert, sich weiterhin gegen die Erhöhung der Kita-Gebühren einzusetzen.

Des weiteren sprachen sich alle Fraktionen auf Initiative der PDS gegen die Modernisierungsankündigungen der BauBeCon Holding AG im Milieuschutzgebiet „Ostsee-/Grellstraße“ aus. Durch die geplanten Modernisierungsmaßnahmen ist mit einer überdurchschnittlichen Mieterhöhung zu rechnen. Die Mieten lägen dann weit über den vom Bezirksamt beschlossenen Mietobergrenzen. Die befürchtete Ver-

drängung der Mieter will die BVV verhindern.

Der Lebensmitteldiscounter Aldi sorgte auch auf dieser BVV-Tagung für Aufregung. Diesmal ging es um die Errichtung einer neuer Filiale an der Esplanade. Hierzu sollen drei ehemalige Botschaftshäuser abgerissen werden, obwohl es dafür Interessenten gibt. Diese Häuser ließen sich gut als Wohnhäuser nutzen und auf diese Weise könnten Familien in der Innenstadt gehalten werden. Der Stadtentwicklungsausschuss hat sich jetzt mit diesem Antrag zu beschäftigen.

Die CDU versuchte noch durch einen Antrag, die Nutzung des Mauerparkes zu regulieren. Doch eine deutliche Mehrheit in der BVV konnte sich für die vorgeschlagene Nutzungseinschränkung nicht begeistern. Einer friedlichen Walpurgisnacht steht somit also nichts im Wege.

Sascha Kummer

Mietsteigerungen am Ostseeplatz



Über die angekündigten Sanierungsmaßnahmen in der Wohnsiedlung „Carl Legien“ am Ostseeplatz kann sich nicht jeder freuen. Denn die Modernisierung soll nach Bestrebungen des Vermieters BauBeCon mit kräftigen Mieterhöhungen einhergehen.

In der Modernisierungsankündigung sieht der Vermieter den Einbau einer mit Fernwärme betriebenen Zentralheizung und die Modernisierung und Instandsetzung der Sanitär- und Elektroinstallation vor. Der Ausstattungsgrad der Wohnung soll mit gefliesten Wänden im Bad und mit dem Einbau einer Gegensprech- und Türanlage erhöht werden. Das ist zwar bequem und schön, aber die Miete soll auf 5,30 Euro je Quadratmeter steigen. Nun stehen die Mieter der Wohnsiedlung „Carl Legien“ am Ostseeplatz vor der Entscheidung, ob sie dieser Mietsteigerung von 2 Euro je Qua-

dratmeter zustimmen. Für viele ältere Bürger, die hier schon lange wohnen, wäre diese Miete zu hoch.

Seit zwei Jahren kümmert sich die PDS in der Bezirksverordnetenversammlung um dieses Problem und setzt sich für den Schutz der Mieter ein. In enger Zusammenarbeit mit dem Mieterbeirat gab es gemeinsame Gespräche mit dem Vermieter. Die BVV fasste auf Initiative der PDS Beschlüsse zum Schutz des Milieus rund um den Ostseeplatz, damit Mieterhöhungen nur begrenzt gefordert werden können.

Nach Kenntnis der jetzt vorliegenden Modernisierungsabsichten der BauBeCon wird nun versucht zu klären, ob der Umfang der angekündigten Sanierungsmaßnahmen unbedingt notwendig ist. Reale Möglichkeiten, dass die Miete nicht so hoch steigt, sind hier vor allem die Verhinderung des Einbaus von Hänge-

WC, die Belassung der vorhandenen Mischbatterien, der Warmwasserversorgung und Badewannen oder die Wandbefliesung nicht über 1,40 m zu führen. Auch brauchten Zwei-Zimmer-Wohnungen nicht acht Stromkreise und 25 Steckdosen.

Der Vermieter BauBeCon ist aufgefordert, sein angekündigtes Vorhaben auch dahingehend noch mal zu prüfen, ob nicht die zahlreichen angekündigten Maßnahmen auf Grund des hohen bereits bestehenden Ausstattungsgrades der Wohnungen einfach nur Instandsetzungsaufgaben sind. Solche Baumaßnahmen würden nämlich keine Mietsteigerung bedeuten. Auch das Bauamt ist aufgefordert, die Modernisierungsgenehmigung erst nach eingehender Prüfung und in Abstimmung mit dem zuständigen Ausschuss in der BVV zu erteilen.

Thomas Goetzke

extraDrei Interview

Aus kurdischer Sicht

Der Krieg gegen den Irak bewegte viele Menschen in Deutschland und auf der Welt in Sorge um einen Flächenbrand im Nahen Osten.

ExtraDrei sprach mit Zeliha Blom, einer in Pankow lebenden Kurdin:

Frau Blom, Sie sind Kurdin. Ein Teil Ihrer Familie wohnt in der Türkei. Ich lebe schon 35 Jahre in Deutschland. In der Türkei wohnen noch meine Mutter, mein Bruder und eine Schwester, an der irakischen Grenze in Diyarbakir. Diyarbakir ist einer der größten Städte in Kurdistan.

Als Sie in der Türkei noch lebten, wie war damals das Verhältnis zwischen Kurden und Türken und wie sieht es jetzt aus?

Ich bin auf dem Dorf aufgewachsen. Mit Türken hatte ich erst später in der Stadt Kontakt. Die sagten zu uns immer Bergtürken oder Schwanztürken. Die Kurden waren nie anerkannt bei den Türken, es gab keine Freundschaften untereinander. Das liegt auch daran, dass die Kurden mehrheitlich von der Religion her Allewit sind. Die Allewit sind sehr lebensfroh und unterscheiden sich von dem strengen türkischen Islam. Heute leben viele Kurden in großen türkischen Städten und dadurch hat sich das Zusammenleben verbessert.

Trotzdem ist das Verhältnis auch heute noch recht gespannt.

Ja, die Probleme zwischen den Kurden und Türken gibt es immer noch.

Warum hat sich die gegenwärtige türkische Regierung nicht in den Irak-Konflikt eingemischt?

Vor einigen Jahren wäre der Einmarsch sicher geschehen aus Angst vor zu großer Autonomie der Kurden. Aber die aktuelle Regierung will den Frieden und unterstützt die Kurden.

Auch der kurdische Teil des Irak wurde von amerikanischen Soldaten besetzt. Was sagt Ihre Familie über den Krieg?

Meine Familie hatte und hat Angst, dass auch im türkischen Teil Kur-

distans schreckliche Dinge passieren könnten. Sie sind gegen die Amerikaner, aber auch gegen Saddam Hussein. Leider können sie am Telefon nicht alles sagen, aus Furcht. Meine Mutter sieht jeden Tag, wie Soldaten marschieren. Sie traut sich aber nicht, alles zu sagen, was sie sieht.

Hatten Sie in den letzten Tagen Kontakt zu Ihrer Familie in Kurdistan?

Vor einigen Tagen habe ich mit meinem Bruder telefoniert. Er kann nicht mehr schlafen, weil ständig Militärflugzeuge starten und Panzer durch die Straßen fahren. Wenn ich jetzt zu meiner Familie reisen würde, hätte ich Probleme nach Diyarbakir mit dem Flugzeug zu kommen. Die Anreise ist nur noch mit dem Bus möglich.

Hatte Ihre Familie Angst, dass der Krieg sich auch auf den türkische Teil Kurdistans ausdehnt?

Sie haben Angst vor einem dritten Weltkrieg, der vor allem in unserer Region toben würde. Wir hoffen aber, dass es nicht so weit kommt.

Wie empfinden Sie bei dem Gedanken, dass der Krieg vor allem bei Zivilisten Opfer fordert?

Ich bin gegen jeden Krieg. Immer müssen schutzlose Kinder und Frauen sterben. Auch in Kurdistan ist die Bevölkerung deswegen beunruhigt, weil niemand genau weiß, was noch alles passiert.

Es ist doch egal, ob im irakischen oder im türkischen Teil Leute sterben. Nirgendwo darf das weiter geschehen

Haben Sie Kontakte zu Kurden hier in Deutschland?

Ja, ich habe hier sehr viele Freunde, die ich öfter in Kreuzberg oder Neukölln treffe. Wir unterhalten uns sehr viel über den Krieg.

Haben diese Kurden eigene Gruppen gebildet und gehören Sie diesen an?

Ich arbeite in einem linken türkisch-kurdischen Verein mit. Wir unterstützen uns gegenseitig in diesem Verein. Wir arbeiten aber auch mit



Zeliha Blom
geboren 1948 in Diyarbakir (Türkei)

Seit 1968 lebt sie in Deutschland, seit 1970 in Berlin, und arbeitete als Montiererin. Von 1976 bis 1990 war sie Mitglied der Grünen (AL), seit 1990 ist Zeliha Blom Mitglied der PDS.

Deutschen zusammen, um etwas gegen diesen Krieg zu tun.

Wie ist die Sicht der Kurden, die hier leben, auf den Krieg?

Die Stimmung ist klar dagegen, weil Krieg unmoralisch ist.

Die irakischen Kurden wurden von Saddam Hussein stark unterdrückt. Gibt es deswegen einen Hass auf Saddam?

Der Giftgasangriff auf die Kurden war ein Verbrechen. Dabei starb auch Saddams einziger Schwiegersohn. Dieser Mann hat Angst vor allen anderen Menschen, auch vor seinen Militärs und ist deshalb so aggressiv und unberechenbar. Er fürchtet sich davor, seine Macht zu verlieren.

Interview: Andreas Bossmann

Stimmen für den Frieden

Schüler gegen den Krieg



ND-Foto:
Burkhard Lange

Ich traf mich am Sonntag vor dem „Tag X“ noch mit anderen Schulsprechern im Café und habe mit ihnen darüber nachgedacht, wie wir die Schülerdemo am „Tag X“ organisieren könnten. Zwar hieß es, dass es in dieser Woche passieren soll, jedoch haben wir alle noch gehofft, es würde sich wenigstens weiter vorausschieben.

Als ich am Morgen des 20. März aufstand, hörte ich aus dem Radio, dass jenes geschah, womit ein Großteil der Weltbevölkerung nicht ge-

rechnet hatte. Wir waren uns bewusst, dass die Chance für eine friedliche Abrüstung sehr gering war, trotzdem war der größte Teil meiner Mitmenschen von diesem Angriff, welcher so plötzlich geschah, überrascht. Es mag naiv klingen, aber ich denke, dass fast jeder von uns es nicht glauben wollte. Es war so weit! Schüler verschiedener Schulen, aus verschiedenen Bezirken, trafen sich am Alex und wollten gemeinsam zur Kundgebung am Brandenburger Tor ziehen. Leider konnte ich wegen einer schulischen Pflichtveranstaltung (Klausur) nicht bei diesem Demozug mitlaufen und bin deshalb direkt mit Freunden zum Brandenburger Tor gelaufen. Mit Kundgebung war dann leider nichts ... zu spät!

Doch an der amerikanischen Botschaft wurde noch demonstriert. Sitzblockaden, Transparente und verschiedene Aufrufe zum Frieden waren zu erkennen. Kurzfristig habe ich mich entschieden zur offiziellen 18 Uhr Kundgebung, am Alexanderplatz, auf der Kreuzung von der Karl-Marx-Allee/Otto-Braun-Straße zu gehen. Es war, wie auch auf der Schülerdemo ein beeindruckendes Bild als so viele Menschen für den Frieden auf der Straße standen. Es wurden Gedichte zitiert, Musik unter anderem von Bando, welche auch schon vorher auf der großen Friedensdemo am 15. Februar dabei waren, gespielt und gesungen.

Samuel Walter

Kurt-Schwitters-Oberschule

Ärzte gegen den Krieg

Die Internationale Organisation „Internationale Ärzte für die Verhinderung eines Atomkrieges“ (IPPNW) wendet sich entschieden gegen den völkerrechtswidrigen Irak-Krieg der USA. Wir gehören in der Friedensbewegung zu den aktivsten Kriegsgegnern. Wir können dies vor allen Dingen durch ein umfangreiches Fachwissen und aufschlussreiche selbst initiierte Studien über Kriege und die Folgen begründen. Dementsprechend werden wir immer wieder Mittel und

Wege finden, um vor Kriegen und Waffenexporten zu warnen. Die Teilnahme an Friedensdemonstrationen gehört für uns ebenso dazu, wie die Aufklärung über die Wirkung von Uranmunition oder Streubomben und Postkartenaktionen wie „Not in my Name“.

Als Ärztin und Mitglied der IPPNW habe ich seit DDR-Zeiten aus innerster Überzeugung an vielen Aktionen teilgenommen. Die große Zustimmung, die ich bei meiner Unterschriftensammlung für die

IPPNW gegen den Irak-Krieg im Bezirk Pankow gefunden habe, hat mich bestärkt, auch weiterhin in meinem Engagement nicht nachzulassen. Auch deshalb, weil die Besatzer im Irak ein unbeschreibliches Chaos hinterlassen – mit Verlusten an Menschenleben, Sachwerten und Kulturgütern. Und weil die amerikanische Regierung mit Drohungen gegen Syrien schon den nächsten Kriegsschauplatz vorbereiten.

Dr. Ingeborg S.

BVV-Beschluss
vom 5. März 2003

Berlin – City of Peace

Die BVV unterstützt die Resolution des Berliner Abgeordnetenhauses „Berlin – City for Peace“ gegen einen drohenden Krieg in der Golfregion und begrüßt den Appell Europäischer Bürgermeister gegen einen Krieg im Irak, der von den Stadtobehörden von Rom, London, Paris, Brüssel, Wien und Berlin getragen wird.

In ihrer kommunalpolitischen Verantwortung rufen die Bezirksverordneten die Bürgerinnen und Bürger des Bezirkes auf, in ihrem Engagement für Frieden beispielsweise durch die Teilnahme an Demonstrationen oder die Unterstützung von Initiativen wie etwa dem „Prignitzer Appell“, dem europaweiten Aktionstag gegen den Krieg am 15.03.2003 oder www.deutschland-sagt-nein.de nicht nachzulassen.

Begründung:

Eine halbe Million Menschen haben am 15.02.2003 friedlich gegen einen drohenden Krieg gegen den Irak in Berlin demonstriert. Mit großer Mehrheit hat am 20.02.2003 das Abgeordnetenhaus von Berlin die Appelle von weltweit mehr als 100, insbesondere US-amerikanischen Städten, die sich der Initiative „Cities for Peace“ angeschlossen haben, unterstützt. Dies zeigt deutlich, dass die Bürger dieser Stadt und dieses Landes das Thema Frieden nachhaltig bewegt. Beispielsweise unterstützen derzeit ca. 30.000 Bürgerinnen und Bürger aus allen Teilen der Bundesrepublik den „Prignitzer Appell“. Die BVV sollte die Bekenntnisse zum Frieden unterstützen. Frieden ist nicht alles. Aber ohne Frieden ist alles nichts.

PDS-Friedensparteitag am 5. April in Berlin

Kakophonie im Schweigen

Schon im Vorfeld waren viele skeptisch, ob dieser Sonderparteitag überhaupt sinnvoll sei und ob die vom Parteivorstand gesetzten Ziele damit erreicht werden könnten: Friedenspolitisches Profil zu schärfen, die innere Einheit der Partei und Rückkehr in die Öffentlichkeit zu stärken.

Ein Erfolg war diese Tagung nur in einer Hinsicht: Die PDS ist – das bewiesen die vielen Gastredner mit der Ernsthaftigkeit ihrer Beiträge – zu einem verlässlichen Partner der Friedensbewegten in aller Welt geworden, zu einer Partei, bei der man sich „wohl fühlen“ kann, wie der Tübinger Aktivist Tobias Pflüger freudig konstatierte.

Dennoch treten wir auf der Stelle: Nicht nur viele Fernsehteams blieben aus, sondern auch ein Drittel der Delegierten. Lag es daran, dass weder die Revision der Beschlüsse von Münster noch der Ausstieg aus den Landesregierungen zur Debatte standen? Eine Verständigung darüber, was in Münster eigentlich beschlossen wurde, scheint allerdings dringend notwendig.

Geht es um ein „Denkverbot“ über die Rolle der Vereinten Nationen oder den Grundsatz, Gewalt als Mittel der Politik abzulehnen? Die PDS muss den eigenen Kurs nicht hinterfragen, um wieder in den Medien und von der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden, son-

dern um ihrer selbst willen. Mit den Worten des Ehrengastredners: „PDS-Politik muss klar sein und wo Klärung notwendig ist, muss sie gesucht werden.“

Matthias Zarbock
Bundesparteitagsdelegierter



Abgrenzung erforderlich

Es bedurfte schon deftiger politischer Scheinheiligkeit, als Neonazis in Demonstrationen gegen den Krieg auftauchten. Denn jeder weiß nur zu gut, dass den rechten Marschierern Revanchismus und Kriegsverherrlichung ein Treueschwur sind.

Der Krieg im Irak ist kaum beendet und schon läuft das hetzerische Treiben der US-Administration gegen Syrien auf Hochtouren. Der

Nahe und Mittlere Osten sollen nach den Wünschen der USA neu geordnet werden. Diese völkerrechtswidrigen Bedrohungen werden Widerstand hervorrufen, weltweite Demonstrationen sind zu erwarten – auch in Deutschland.

Die braunen Formationen werden nichts unversucht zu lassen, sich wiederum irgendwie in Szene zu setzen. Dies wird eine Herausforderung für alle demokratischen

Kräfte sein, den Neonazis kein Terrain zu überlassen.

Dies gilt auch gerade für die PDS. Hatte sie doch in einer Stadt Neonazis mit dem Verweis, dass man jeden gegen den Krieg brauche, auf einer Anti-Kriegs-Demonstration mitlaufen lassen. Dies war ein Rohrkrepierer par excellence, die letztlich nur den braunen Rattenfängern zum Vorteil gereichte.

Horst Zakrzewski

Wir müssen dran bleiben

Den Krieg im Irak haben wir nicht verhindern können – leider. Umso mehr sollten wir tun, um weiteren Kriegen vorzubeugen. Der Bundestagswahl 2002 müssen viele weitere Wahlen in vielen anderen Staaten folgen, die durch eine klare Absage an Krieg gewonnen werden.

Unser Verein, die Werkstatt für Zukunftsforschung und -gestaltung (WZFG e.V.) in Buch, hat einen „Appell für eine konsequente deutsche Friedenspolitik“ ins Internet gestellt, den jeder unter <http://www.zukunftswerkstatt.org> unterzeichnen kann.

Wir setzen uns dafür ein, dass wir dem immer noch vorherrschenden Zivilisationstyp der Konfrontation ersetzen durch eine Gesellschaft des friedlichen Interessenausgleichs, zwischen Mensch und Natur sowie zwischen den Völkern. Wir müssen weiter aktiv bleiben für eine friedensfähige Welt, die Angriffskriege ächtet, auf gleichem Recht im Umgang der Völker miteinander beruht und Hilfe für die unterentwickelten Länder leistet. Das ist die einzige Alternative, die ich sehe, um den Terrorismus oder das Streben mancher Staaten nach Angriffs-

oder Abschreckungswaffen in seinen Ursachen zu bekämpfen.

Eine friedliche Welt braucht in allen ihren Teilen soziale Zuversicht, Achtung nationaler und kultureller Identität und garantierte Sicherheit. Sie braucht angesichts zunehmender Ängste um das Versiegen lebenswichtiger Ressourcen eine beschleunigte Entwicklung und die weltweite Nutzung nachhaltiger Technologien und Wirtschaftsformen.

Dr. Hans-Volker Pürschel
Physiker und Mitglied des Vereins Zukunftsforschung und -gestaltung e.V.



Nikolaj Bersarin – Generaloberst, Stadtkommandant von Berlin

Ausstellung über Bersarin



Auszüge aus Reden anlässlich einer Ausstellungseröffnung am 20. März 2003 im Abgeordnetenhaus

Präsident des Abgeordnetenhauses
Walter Momper:

Ich denke, wir ehren in der Person Nikolaj Erastrowitsch Bersarin vor allen Dingen drei Aspekte:

Erstens die Person und die besondere persönliche Leistung... Er hat die Stadt und ihre Funktionen wieder zum Laufen gebracht...

Zweitens hat er versucht, Plünderungen, Vergewaltigungen und Willkür zu unterbinden. Die Befehle dazu liegen vor.

Und der dritte Aspekt gilt den Völkern der Sowjetunion in der Person ihres Repräsentanten, des Generaloberst Bersarin. Die Besetzung Berlins und Deutschlands war auch die Befreiung des deutschen Volkes von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Für die Befreiung haben wir allen Völkern der Anti-Hitler-

Koalition zu danken. Der größte Dank gilt aber den Völkern der Sowjetunion. Sie hatten unter der deutschen Besatzung am meisten zu leiden...

Über das Engagement Bersarins in Berlin hat der CDU-Politiker und spätere Bundesminister Ernst Lemmer gesagt: „Generaloberst Bersarin schien nichts wichtiger zu sein, als Berlin lebensfähig zu machen. Er nahm seine Aufgabe so ernst und hielt sie für so selbstverständlich, als hätte er sie in seinem eigenen Land durchzuführen.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Dr. Thomas Flierl, Kultursenator:

Diese Ausstellung ist Teil einer Ehrenrettung. Eine Ehrenrettung für Nikolaj Erastrowitsch Bersarin, den ersten und einzigen Gesamtberliner sowjetischen Stadtkommandanten. Es ist aber auch eine Ehrenrettung für die Stadt Berlin, die den würdevollen Akt der Streichung Bersarins

von der Ehrenbürgerliste zurücknimmt und sich damit auch von den Verdächtigungen und Verleumdungen gegenüber Bersarin distanziert...

Am Tag des Beginns eines Krieges, in dessen Ablehnung sich eine Mehrheit der Deutschen mit ihrer Regierung auf ermutigende Weise einig weiß, an diesem Tage stellen wir die Ehre eines sowjetischen Generals wieder her, den „Befreier“ zu nennen die westdeutsche Mehrheitsgesellschaft erst nach der historischen Rede von Richard von Weizsäcker im Jahre 1985, 40 Jahre nach Kriegsende, bereit war..

Die Grauen des Zweiten Weltkrieges sind bis heute fest im kollektiven Gedächtnis des russischen und des deutschen Volkes verankert. Und ganz sicher ist es auch dieses gemeinsame Bewusstsein, aus dem sich heute die ablehnende Haltung unserer beiden Völker und Regierungen gegenüber dem Waffengang am Golf speist.

Arbeitsplatz statt „Ich-AG“

Seit vielen Monaten, insbesondere während des Wahlkampfes, wurde das Konzept von Peter Hartz als „der Durchbruch“ für den wirtschaftlichen Aufschwung und vor allem für den Rückgang der Arbeitslosenzahlen beschrieben. Was ist davon übrig geblieben? Die „Ich-AG“ wird als Geheimtip für die Legitimation von bisheriger Schwarzarbeit gehandelt. Sicherlich ist dies ein Anreiz für einige Betroffene, wenigstens auf diesem Weg noch ein paar Pluspunkte für die Rentenberechnung zu sammeln. Jedoch wird sich erst nach 3 Jahren zeigen, ob das Geld in den Sand gesetzt wurde oder wie viele Menschen sich nun wieder beim Arbeitsamt anstellen werden.

Auch die lange angekündigten Personal-Service-Agenturen (PSA) kommen nun auf den Markt. Die Erwartungshaltung bei allen Menschen ist groß. Doch was ist nun neu an diesen PSA? Es gibt doch

seit vielen Jahren Zeitarbeitsfirmen, die nach dem gleichem Prinzip versuchen, Arbeitnehmer zu verleihen. Leider gelingt es diesen Firmen immer seltener, erfolgreich zu arbeiten. Woher also der Optimismus, daß die PSA es besser machen werden? Würden genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, könnte man auf solche Einrichtungen verzichten. Seit Januar 2003 sind gerade junge Arbeitslose schon nach kurzer Zeit der Arbeitslosigkeit gezwungen, einen Job außerhalb Berlins anzunehmen. Die Abwanderung von jungen Leuten wird fortgesetzt und nun auch noch unterstützt. Hält man diesen Trend nicht auf, blutet unsere Region aus und wir haben die Chance, künftig zwischen Altenheim oder Freizeitpark zu wählen. Derzeit besteht die Gefahr, dass vom viel gerühmten Hartz-Papier, indem es auch unbestreitbar gute Ansätze gibt, nur Sanktionen gegen die ohnehin

schon gestraften Arbeitslosen und ArbeitnehmerInnen übrig bleiben.

Deshalb meine ich: Die Wirtschaft und die Politik müssen angehalten werden, für Investitionen in unserer Region zu sorgen, damit die Jugendlichen auch hier wieder eine reelle Chance haben. Diese nur wenigen Beispiele zeigen, dass Politik derzeit unfähig ist, die Grundübel dieser Gesellschaft anzupacken und zu beseitigen.

Es müsste endlich eine wirkliche Reformierung des Bildungswesens angeschoben werden, damit die Kinder und Jugendlichen mit dem Abschluss der Schule nicht nur ein Mindestmaß an Wissen aufweisen können, sondern damit auch eine Chance auf Ausbildung haben. Die Vertreter der Wirtschaft müssen sich auf ihre Pflichten gegenüber der Gesellschaft besinnen. Dazu gehören in erster Linie die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen.

Inge Müller

Interview mit Klaus Lederer, MdA

Samen in die Erde stecken

Seit Januar dieses Jahres bist Du Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Was hat sich in Deinem Leben dadurch verändert?

Die Masse der Kleinigkeiten, die ich zu erledigen habe, ist entschieden größer geworden. Außerdem ist ein kontinuierliches Arbeiten an einem Problem so gut wie nicht möglich. Kaum willst du deine Prioritätenliste abarbeiten, klingelt zum Beispiel das Telefon und neue Probleme stürzen auf dich ein.

Befriedigt es Dich, von einer Situation in die nächsten geschubst zu werden?

Es hat schon etwas Spannendes an sich. Immerhin bin ich dadurch an vielen Dingen, die im Abgeordneten passieren, direkt beteiligt. Im Augenblick bin ich damit beschäftigt, meinen Arbeitsstil und die neue Lebenswirklichkeit kompatibel zu machen.

Welche Schwerpunkte Deiner Arbeit kannst Du für Dich im Augenblick erkennen?

Es gibt eine Reihe von Projekten, z.B. die Beteiligung des Landes an der Bankgesellschaft. Es geht mir darum, die Ungerechtigkeiten die die große Koalition angerichtet hat, auszubügeln und zweitens ist es wichtig dafür zu sorgen, dass so etwas nicht wieder passieren kann. Weiterhin arbeite ich an dem Thema „Mehr Demokratie in den Bezirken“. Darüber hinaus gibt es ganz aktuelle Schwerpunkte wie Lernmittelfreiheit in den Schulen oder der Fortbestand des Krankenhauses Hellersdorf.

Kannst Du für Deine ersten 100 Tage eine positive Bilanz ziehen?

Positiv ist, dass ich mich nicht lange einarbeiten musste, weil ich viele Dinge aus meiner Arbeit im Bezirk kannte und weil ich an einigen Landesprojekten schon mitgearbeitet habe. Im übrigen musste ich gleich ins kalte Wasser springen, weil Michael Nelken dringend im Stadtentwicklungsausschuss gebraucht wurde und ich seinen Platz im Rechtsausschuss übernahm. In-

sofern ziehe ich für mich eine positive Bilanz.

Verliert man als ehemaliger Bezirkspolitiker im Abgeordnetenhaus nicht allzu schnell die Probleme der Bezirke aus den Augen?

Ich finde diese Sicht nicht für zu treffend. Da ich weiß, wie es beispielsweise mit den Finanzen in den Bezirken aussieht, muss ich mich in beide Ebenen, die des Landes und der Bezirke, hineindenken. Das Lamentieren über die Empfindlichkeiten der Bezirke ist meines Erachtens nicht der richtige Weg, genauso wenig wie das Ignorieren von landespolitischen Zwangslagen. In der PDS gibt es im Augenblick immer noch Defizite im Verständnis für die jeweiligen Schwierigkeiten des anderen. Generell wird das eigene Problem als das größte angesehen. Ich sage, dass die Probleme des Landes Berlin, egal wo sie auftauchen, unser aller Probleme sind.

Was stört Dich gegenwärtig an der PDS?

Im Augenblick stört mich die Auffassung, dass Politik eine Sache des guten Willens und der starken Drohgebärden ist und weniger etwas mit praktisch-konzeptioneller Arbeit zu tun hat. Das zweite betrifft die Abstraktion in unseren Diskussionen. Für manche in der Partei ist es schon eine Zumutung, wenn politische Debatten konkret und detailliert werden, weil wir angeblich die Partei für das Große, das Ganze und die lichte Zukunft sind. Wir brauchen dagegen eine stärkere Anschlussfähigkeit an die Realität und sei es durch viele kleine Schritte.

Und das dritte ist: In der Partei, besonders in Berlin, liegen die Nerven blank. Es herrscht Verbitterung und Voreingenommenheit vor, die uns daran hindert, offene Diskussionen zu führen. Wir müssten ehrlicher miteinander diskutieren und das vor allem mit einem gegenseitigen Erkenntnisinteresse. Wir müssen uns nicht pausenlos erklären, wie schlecht die Welt ist, sondern

wir sollten sie verändern, auch unter diesen beschissenen Rahmenbedingungen.

Ist der gegenwärtig diskutierte Entwurf des Parteiprogramms eventuell der Anfang einer neuen PDS?

Programme spiegeln immer das wider, was gerade Konsens in der Partei ist. Ich bin mit vielem sehr zufrieden in diesen Entwurf, mit anderem nicht. Ich stelle zum Beispiel fest, dass wir in punkto Eigentumsfragen einen Schritt weiter sind. Allerdings haben wir für viele gesellschaftliche Prozesse noch keine treffende Erklärung.

Die gegenwärtige Debatte zum Programm könnte ein Weg zu einer besseren PDS sein, weil es nicht um einen großen Weltenplan geht, sondern um eine gründlich Diskussion.

Was ist für Dich eine real machbare Utopie?

(Er atmet hörbar durch.)

Im Grunde kann man an einem Marxschen Gedanken anknüpfen, der etwa lautet: eine Sache trägt das Gegenteil ihrer selbst immer in sich. Man kann an vielen Stellen Keimzellen einer anderen Denkweise andocken, die der hegemonialen, neoliberalen entgegensteht. Das fängt an mit Schaffung von mehr Demokratie, mit der Einrichtung von selbstverwalteten Bürgerhaushalten, der Absenkung des Wahlalters. Als Sozialisten müssen wir viele kleine Samen in die Erde stecken und Stück für Stück andere Wirklichkeiten zu schaffen.

Kannst Du Dir ein Leben ohne Politik vorstellen?

So lange die Welt ist, wie sie ist – Nein!



Klaus Lederer, MdA und Stellv. Vorsitzender im PDS-Bezirk

Kurz notiert

Alltag im Bezirk



Milchhäuschen am Weißen See

Für das Milchhäuschen am Weißen See ist ein Bauantrag „Erweiterung und Umbau des vorhandenen Gaststättengebäudes“ gestellt. Durch den geplanten Erweiterungsbau soll die Zugänglichkeit für behinderte Menschen verbessert werden. Im Erdgeschoss sind ein Aufzug, eine Treppenanlage, ein Aufenthaltsraum und die Erweiterung der Gaststättenfläche um ca. 16 Gäste konzipiert.

Na dann, bis bald zum nächsten Pfirsich Melba im vergrößerten und behindertengerechten Milchhäuschen.

Kein Pils im Ratskeller

Der seit mehr als drei Jahren geschlossene Ratskeller im Rathaus Pankow bleibt weiterhin geschlossen. Das Bezirksamt hatte mit mehr als zwanzig Interessenten verhandelt. Leider sieht sich keiner der Bewerber im Stande, den Ratskeller wirtschaftlich zu führen. Es wird

also bis auf weiteres kein Pils im Ratskeller mehr geben. Schade.

Brecht-Haus

Die Pläne für den Erhalt des Brecht-Hauses in Weißensee als kommunaler Veranstaltungsort sind gescheitert. Die Stiftung Denkmalschutz wollte die denkmalgeschützte Villa für 500.000 Euro sanieren und dem Bezirk Pankow zu denselben Mietkonditionen für mindestens zehn Jahre zur Verfügung stellen. Doch der Finanzsenator Sarrazin (SPD) verweigerte die Mitzeichnung für den langfristigen Mietvertrag. Damit läuft der Mietvertrag des Bezirks zum Ende Juni aus. Mit Kultur ist im Brecht-Haus damit definitiv Schluss.

Kulturentwicklungsplan

Heftige Diskussionen wird der Entwurf des Kultur- und Bildungsentwicklungsplanes im Bezirk auslösen. Das Papier, das erst noch im Bezirksamt beschlossen und in den Gremien der Bezirksverordneten-

versammlung diskutiert werden soll, sucht nach Wegen einer künftigen Entwicklung und versucht Mindeststandards für den Bereich Kultur und Bildung zu definieren. extraDrei wird sich in der nächsten Ausgabe mit dem Thema beschäftigen.

Anton ohne Bänke

Im Oktober 2001 forderte die Bezirksverordnetenversammlung das damalige Bezirksamt auf, die Aufenthaltsqualität des Weißenseer Antonplatzes durch Bepflanzung und zusätzliche Bänke zu verbessern.

Das Tiefbauamt hatte jedoch Bedenken gegen das Aufbohren des neu verlegten, kostenintensiven Platzbelages. Man wolle die Entwicklung der Bäume abwarten. Weitere gestalterische Maßnahmen sind auf dem „Anton“ derzeit nicht geplant.

Wir wünschen dem Bezirksamt viel Spaß beim Zusehen wie die Bäume wachsen.

WANN W O W A S W A N N W O W A S W A N N

9. Mai

19 Uhr „Die Roten Kochen“ Gernot Klemm, PDS-Bezirksvorsitzender, im Rede- und Kochduell mit Stadtentwicklungssenator Peter Strieder (SPD), in der Brotfabrik, Caligariplatz an der Weißenseer Spitze

14. Mai

18 Uhr Programmdiskussion, zu Gast Bernd Ihme (Programmkommission der PDS), im PDS-Kieztreff Weißensee, Pistoriusstraße 24

17. Mai

10 Uhr 3. Tagung der 2. Hauptversammlung der PDS Berlin Drei, im Tagungssaal der BVV, Bezirksamt Fröbelstraße 17

21. Mai

17.30 Uhr 15. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), Bezirksamt Fröbelstraße 17

22. Mai

16 Uhr Buchlesung. Frank Schumann liest aus seinem Buch „Lotte Ulbricht – ein Biografie“, im PDS-Kieztreff Weißensee

24. Mai

10 Uhr gemeinsame Basiskonferenz der PDS Berlin und Brandenburg in Potsdam

25. Mai

18 Uhr „jour fixe“ – TV-Abend zur Wahl der Bremer Bürgerschaft, im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

26. Mai

19.30 Uhr Bezirksvorstand, im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

1. Juni

13 Uhr Kinderfest auf dem Kollwitzplatz

4. Juni

17.30 Uhr Treffen des PDS Ortsverbandes Weißensee, im Kieztreff Weißensee, Pistoriusstraße 24

6. Juni

19 Uhr Treffen der jungen Mitglieder, im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

10. Juni

19.30 Uhr Öffentliches Bötzworforum: Berlin-Kultur – Linkes Lebensgefühl Multi-Kulti oder Oper? mit Kultur- und Wissenschaftssenator Dr. Thomas Flierl, in der Kurt-Tucholsky-Bibliothek, Esmarchstraße 18

16. Juni

19.30 Uhr Bezirksvorstand, im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

19. Juni

18 Uhr Basistag der PDS Berlin Drei, im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

Impressum

Herausgeber: Bezirksvorstand der PDS Berlin Drei
Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.pds-berlin-drei.de
eMail: redaktion@pds-berlin-drei.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 28. April 2003
Druck: double express Auflage: 10.000

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 831-505. Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders /der Spenderin.